

# Riesner & Co. Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Verkehr  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Heftnummer  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 122.

Mittwoch, 30. Mai 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen sowie am Schalter der Postämter 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Besteller frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kafenstrasse 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Im Hotel zum „Kronprinz“ hier kommen  
Sonnabend, den 2. Juni 1894,

Vorm. 10 Uhr,

1 Pferd (brauner Wallach), 1 Glas- und 1 Kleiderschrank, sowie 2 Stühle gegen sofortige  
Pezahlung meistbietend zur Versteigerung.

Riesa, 29. Mai 1894.

Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsger.  
Ehr. Widm.

## Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Schnittwaarenhändlerin Auguste  
Emilie verchel. Mübius geb. Wolf in Glauchitz ist in Folge eines von der Gemeindefuldnerin  
gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin auf

den 21. Juni 1894, Vormittags 10 Uhr

vor dem Königl. Amtsgerichte hier selbst anberaunt.  
Riesa, den 30. Mai 1894.

Sänger,

Geschäftsschreiber des Königl. Amtsgerichts.

## Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde Riesa beabsichtigt, auf dem ihr eigenthümlich gehörigen Grundstücke,  
Parzelle No. 1618a des Flurbuchs für Riesa, einen  
städtischen Schlachthof  
zu errichten.

In Gemäßheit § 17 der Reichs-Gewerbe-Ordnung in der Fassung vom 1. Juli 1883  
wird dies mit der Aufforderung hierdurch bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen,  
soweit sie nicht auf besonderen Privatrechts-Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen,  
vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei dem unterzeichneten Stadtrath anzubringen.  
Riesa, den 30. Mai 1894.

Der Stadtrath.  
Ridker.

S.

Anzeigen für das „Riesaer Tageblatt“ erbitten uns spätestens bis  
Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabebetages.  
Die Geschäftsstelle.

## Tagesgeschichte.

Mit hervorragendem Interesse richten sich gegenwärtig  
die Blicke nach unserm 23. sächs. Reichstagswahlkreise, wofelbst  
nächsten Freitag in dem harten Wahlkampfe die Entscheidung  
schlicht geschlagen wird, in der es sich zeigen wird, ob der  
Kreis, der zuletzt von einem Conservativen vertreten war,  
der Socialdemokratie anheim fällt. Da Herr Uebel, der  
jetzige Candidat sämtlicher Ordnungsparteien, belanmtlich  
6000, der antisemitische Candidat Schubert 2667 und der  
Candidat der freisinnigen Volkspartei von Schwarze 1999  
Stimmen auf sich vereinigt haben, so erscheint allerdings der  
Sieg des Herrn Uebel schon gesichert, wenn nur alle diese  
Stimmen am 1. Juni für ihn abgegeben würden und der  
socialdemokratische Candidat, wie bei der Hauptwahl, nur  
9919 Stimmen erhält. Letzteres ist freilich mindestens sehr  
fraglich. Da die Socialdemokratie, die über eine treffliche  
Organisation verfügt, die zwischen den Ordnungsparteien  
während des Wahlkampfes hervorgetretenen Streitigkeiten  
auf das Rückfischloste ausbeutet, so ist eine Vermehrung  
der socialdemokratischen fast mit Sicherheit zu erwarten.  
Um so dringender ist die Pflicht der Ordnungsparteien, nicht  
nur die Mißstimmung, die durch jene Streitigkeiten hervor-  
gerufen worden ist, zu beseitigen und alle Stimmen, die für  
die einzelnen Candidaten dieser Parteien bei der Hauptwahl  
abgegeben worden sind, auf Herrn Uebel zu vereinigen, son-  
dern auch zur thätigen Mitwirkung Alles heranzuziehen, was  
den Verlust des Mandates an die Socialdemokraten ver-  
hüten möchte. „Wider die Socialdemokratie!“ so muß der  
Kampfruf lauten, mit dem die Anhänger jeder Ordnungspartei  
an die Wahlen appellieren und sie zur Ausbietung aller  
Kräfte anzuregen. Etreulicherweise scheinen die Anhänger  
des Herrn v. Schwarze von dem rechten Willen besetzt zu  
sein; einen Sieg der Socialdemokratie abzuwenden; auch  
aus dem Lager der Deutsch-Socialen erheben sich Stimmen,  
die zur kräftigen Unterstützung Uebels auffordern. So  
schreibt das in Chemnitz erscheinende deutsch-social Blatt:  
„Darüber, daß die Deutsch-Socialen und Jungconservativen  
jetzt an der Seite des Cartels kämpfen müssen, kann kein  
Zweifel sein! Wir haben von vornherein gesagt, daß wir,  
im Falle, daß Herr Uebel in die Stichwahl kommt, für ihn  
eintreten werden, und wir werden unser Wort halten.“  
Hoffentlich lassen sich dies auch diejenigen Anhänger des  
Bundes der Landwirthe im 23. sächsischen Reichstagswahl-  
kreise, die sich bisher zu einer Unterstützung des Cartel-  
candidaten noch nicht ermannen mochten, zur Lehre dienen.  
Es wäre geradezu unerhört, wenn die Conservativen der  
Conservativen den Wahlkreis den Socialdemokraten wollten  
ausliefern lassen!

**Deutsches Reich.** Der gestern mit großem Gefolge  
in Berlin eingetroffene Fürst-Erzbischof von Olmütz, Dr.  
Kohn, soll heute vom Kaiser in feierlicher Audienz emp-  
fangen werden. Ihm zu Ehren fand Abends ein größeres  
Diner statt, zu welchem der österreichisch-ungarische Botschafter,  
der Reichskanzler, die Minister, andere hohe Beamte, der  
Armeefeldmarschall v. Khamann und der Prälat Jahnke ein-  
geladen waren.

Infolge der bevorstehenden Beförderung Ridenten-Wächters

auf den Gesandtschaftsposten wurde der bisherige Legations-  
sekretär am päpstlichen Stuhle Dr. Mann von Schwarzen-  
stein zur Hilfeleistung in die politische Abtheilung des Aus-  
wärtigen Amtes in Berlin berufen.

Es verlautet, daß die deutsche Regierung bei dem Congo-  
staat gegen das von diesem mit England geschlossene Ab-  
kommen unter Hinweis darauf Einspruch erhoben hat, daß  
eine Veränderung in dem zwischen Deutschland und dem  
Congostaat im Jahre 1884 vereinbarten Grenzverhältnis  
ohne Zustimmung Deutschlands nicht getroffen werden dürfe.  
Bei den diesjährigen Kaisermanövern werden nach einer  
Mittheilung der „Kölnischen“ die vierten Infanterie-Bataillone  
von zwei auf vier Compagnien verstärkt worden, so daß alle  
vier Bataillone der Infanterie-Regimenter gleichmäßig und  
in voller Friedensstärke an den Manövern teilnehmen werden.  
Die aktiven Mannschaften dieser vierten Bataillone werden  
auf die aufzustellenden vier Compagnien verteilt, und dem-  
nächst werden zur Erreichung der Friedensstärke Mann-  
schaften des Beurlaubtenstandes eingezogen, die auch an der  
Kaiserparade sich beteiligen.

Die in Mainz verhafteten beiden französischen Inge-  
nieure, welche sich als Späher verdächtig gemacht hatten, sind,  
wie die „Köln. Ztg.“ meldet, wirklich freigelassen worden.  
Die Untersuchung hatte nichts Belastendes gegen sie ergeben,  
und sie haben ihre Post nur der Unvorsichtigkeit zuschreiben  
können, daß sie sich in fremdem Lande mit einem Photographen-  
apparat auf Festungsgelände ertappen ließen. Was aber  
wäre wohl — so schreibt dazu die „Münch. Allg. Ztg.“ —  
zwei deutschen Ingenieuren geschehen, die innerhalb einer  
französischen Festung als Photographen ertappt worden  
wären? Hätte man sie auch nach einer kurzen Untersuchung  
wieder frei gelassen? Oder wäre man auf Grund des Sp-  
nengesetzes gegen sie vorgegangen? Wo ist der arme geistes-  
gestörte Hauptmann a. D. v. Seel, der neulich in Marseille  
verhaftet wurde? Ist er freigelassen?

Aus Hannover wird mitgetheilt, daß Anfangs dieses  
Jahres mehrere Einwohner sich an den Kaiser mit einem  
Besuch gewandt hatten, in welchem die Genehmigung zur  
Errichtung eines Denkmals für König Georg V. in dieser  
Stadt nachgesucht wurde. Im Auftrage des Ministers des  
Innern, dem das Gesuch zur Prüfung und Entscheidung  
überwiesen worden war, hat jetzt der Oberpräsident von  
Brennigen den Antragstellern, dem „Hann. Cour.“ zufolge,  
eröffnet, daß dem Gesuche nicht stattgegeben werden könne.

Zu der kaiserlichen Verordnung über die Erhebung eines  
Zollzuschlags für aus Spanien und den spanischen Kolonien  
kommende Waaren hat der Bundesrath beschlossen: Die  
obersten Landes-Finanzbehörden sind ermächtigt, die Sätze  
des allgemeinen Zolltarifs auf Waaren, welche aus Spanien  
oder den spanischen überseeischen Besitzungen nach dem Tage  
der Verkündung der kaiserlichen Verordnung über die deutsche  
Zollgrenze eingeführt werden, aus Billigkeitsgründen an-  
wenden zu lassen, wenn die Einfuhr nachgewiesenermaßen für  
deutsche Rechnung auf Grund von Verträgen erfolgt, welche  
vor Verkündung der Verordnung in gutem Glauben ab-  
geschlossen sind.

Den Abendblättern zufolge werden auf Veranlassung  
des Finanzministers von den Steuerhöfen gegenwärtig

Gutachten darüber eingefordert, inwieweit es sich empfehle,  
die Einrichtung der berittenen Steueranfseher fallen zu  
lassen. Es besteht die Absicht, das Jahressuch auch für die  
Steueranfseher nutzbar zu machen. Die Hauptsteuerämter  
haben bis zum Monat Juli an die Provinzialsteuerdirectionen  
Bericht zu erstatten.

Von wohlinformirter Seite wird uns mitgetheilt, daß  
die neuerdings wieder in den Zeitungen gebrachten Meldungen  
von Spannungen zwischen den Chefs einzelner Ministerien  
oder zwischen Reichsämtern und preussischen Ministerien  
durchaus unbegründet sind. Insbesondere ist von einer  
Verstimmung zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen  
Ministerpräsidenten nichts bekannt; im Gegentheil gestaltet  
sich der Verkehr zwischen denselben außerordentlich harmonisch. Auch  
die über den Finanzminister Dr. Miquel verbreiteten Gerüchte  
und die demselben untergeschobenen Bestrebungen entbehren  
jeder Begründung. Minister Miquel ist jetzt ausschließlich  
damit beschäftigt, die preussischen Finanzen zu ordnen und  
das finanzielle Verhältniß zwischen Preußen und dem Reich  
zu regeln.

**Rußland.** Der Ullas des Zaren über die Beamten-  
ernennungen hat in Rußland einen tiefen Eindruck hervor-  
gerufen. Der Petersburger Berichterstatler der „Times“  
schildert die Wirkung, welche die Maßregel auf die Beamten  
und das Publikum übte, als eine beispiellose. Man habe sie  
zuerst nicht glauben wollen, ja, sie für unmöglich erklärt;  
schließlich, als die Kundgebung im amtlichen Blatte jeden  
Zweifel ausschloß, habe man den Ullas mit den Verhaftungen  
der letzten Zeit, welche sich namentlich auch auf mittlere und  
untere Beamte erstreckten, in Verbindung gebracht. Unter  
den eben erwähnten Beamtenstufen finde übrigens der  
Ullas lebhaftest Billigung, da er, wie man hoffe, dem Protec-  
tionswesen in der Anstellung und der launenhaften Willkür  
in der Entlassung ein Ende machen werde, was sich freilich  
erst zu zeigen hat. Letzteres bemerkten auch die „Now. Wr.“,  
welche den, die Entwicklung Rußlands um 35 Jahre zurück-  
werfenden Ullas als einen Blick aus heiterem Himmel be-  
zeichnen. Derselbe werfe alle bisherigen leitenden Gesichtspunkte  
und das ganze System der Beziehungen in der amt-  
lichen Welt über den Haufen. „Grasld.“ und „Now.“ äußern  
sich sehr skeptisch und die letztgenannte Zeitung hebt hervor,  
daß das zu Nikolaus' Zeiten geltende System alle talent-  
vollen, thätkräftigen Männer der Beamtenlaufbahn fernge-  
halten habe. Ein russischer Satiriker habe damals mit Be-  
zug auf einen Bewerber um eine hohe Stelle geäußert: „Es  
ist noch zu früh für ihn, Senator zu werden; er hat ja noch  
ein Auge zum Sehen.“ — Die Verhaftungen dauern fort  
und 30 Personen sind bereits nach Sibirien verbannt. Die  
Manöver bei Smolensk sind nicht abbestellt, wie versichert  
wird.

**Spanien.** Spanische Blätter berichten, daß auf Kuba  
wieder einmal ein großer Aufruhr geplant war, aber ver-  
rathen und von der Regierung im Keime erstickt wurde.  
Die Verschworenen waren bereits vom Auslande mit Waffen  
versehen worden. Die Leiter der Verschwörung hatten eine  
Aktiengesellschaft gegründet, angeblich zum Bane einer Pferde-  
bahn, welche die Stadt Puerto Principe mit einem Vororte  
verbinden sollte. Eine Menge Waffen und Schießvorräthe